

Wachstumskritik oder sozialistische Politik?

Über Wachstum, Ökologie, Erwerbsarbeit, Sozialstaat und die Linke

Kontroversen um das Wachstum	1
Was ist das Bruttoinlandsprodukt, was ist Wertschöpfung?.....	2
Was das Bruttoinlandsprodukt nicht ist	3
Produktion, Einkommen, Wachstum	5
BIP-Wachstum, Beschäftigung, Produktivität.....	7
BIP-Wachstum und Naturbeanspruchung.....	8
Sozial-ökologischer Umbau: stofflich schrumpfen, nicht wertmäßig!	10
Erwerbsarbeit, Umverteilung und Sozialstaat	12
Wachstumswang, Kapitalismus und sozial-ökologische Alternative.....	13
Politische Konsequenzen: sozial-ökologisches Wachstum und Bündnisse	15

Im Mittelpunkt der Programmdebatte der LINKEN stehen vier Fragenkomplexe, die wiederum miteinander zusammen hängen. Es sind dies 1. Kapitalismustheorie und Sozialismuskonzeption, 2. die Konzeption der sozial-ökonomischen und ökologischen Umgestaltung und Reformpolitik, 3. die Positionierung in der internationalen und Friedenspolitik, 4. Strategie und Parteikonzeption. Der folgende Text bezieht sich auf den zweiten Fragenkomplex, der für die Stellung der LINKEN in den konkreten politischen und Klassenauseinandersetzungen zentral ist. Dazu ist es erforderlich, zunächst einige Grundlagen für das Verstehen wirtschaftlicher und sozialer Sachverhalte, Begriffe und Zusammenhänge darzustellen, auch als ein Beitrag zur Bildungsarbeit der Linken.

Kontroversen um das Wachstum

Welche Bedeutung hat Wirtschaftswachstum für die Linke, für eine linke Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik und eine Konzeption des sozial-ökologischen Umbaus? In der Wirtschaftspolitik vertritt DIE LINKE Forderungen nach großen Zukunftsinvestitionsprogrammen und der massiven Ausweitung öffentlicher Beschäftigung, nach ökonomischer Entwicklung strukturschwacher Regionen, nach Steigerung der Löhne und Sozialeinkommen und damit Stärkung der inländischen Nachfrage. Die Lohnsteigerungen müssen zumindest so hoch wie Preis- plus Produktivitätszuwachs sein, eine Umverteilung von oben nach unten muss durchgesetzt werden. Damit und mit Arbeitszeitverkürzung soll Vollbeschäftigung angestrebt werden, also dass alle, die können und wollen, „gute“ Erwerbsarbeit finden. Zugleich sollen so wichtige gesellschaftliche Bedarfe gedeckt und ökologische Zwecke erreicht werden, indem Investitionen und zusätzliche Beschäftigung gezielt auf das Bildungswesen, soziale Dienstleistungen und ökologischen Umbau gerichtet werden. Um dies zu finanzieren und zugleich die öffentliche Verschuldung zu reduzieren, müssen eine hohe Vermögensteuer/Millionärsteuer und eine Finanztransaktionssteuer eingeführt und die Besteuerung großer Erbschaften, finanzstarker Unternehmen und hoher Einkommen erhöht werden.

Was bedeutet das in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und seine Entwicklung, also das, was üblicherweise als Wirtschaftswachstum bezeichnet wird? Es bedeutet eine Politik, die auf qualitatives, sozial-ökologisch ausgerichtetes und reguliertes Wach-

stum des BIP gerichtet ist. Linke WachstumskritikerInnen wollen nicht wahrhaben, dass dies so ist, oder kritisieren diese Konzeption deswegen. Linke Programmatik dagegen strebt dies ausdrücklich an und hält eine qualitative Wachstumspolitik für auf absehbare Zeit unverzichtbar, um die finanzpolitischen, sozialen und ökologischen Probleme zu bewältigen und dafür Mehrheiten zu mobilisieren: „Die Wirtschafts- und Finanzpolitik muss für ein sozial und ökologisch gesteuertes, selektives Wachstum sorgen.“ (Erster Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE). Wir kritisieren die neoliberale Politik nicht deswegen, weil sie Wachstum anstrebt, sondern weil sie dabei sozial und ökologisch rücksichtslos ist und die sozialen Spaltungen verschärft. Weil es ihr um ein ungesteuertes kapitalistisches Wachstum geht, ohne qualitativen Kriterien, dem alles andere unterordnet wird – und sie dabei noch unfähig ist, ihr Wachstumsziel zu erreichen.

WachstumskritikerInnen halten dagegen, dass BIP-Wachstum grundsätzlich mit wachsenden Beanspruchung und Zerstörung der Natur verbunden sei. Auch der Zusammenhang zur Entwicklung der Beschäftigung sei eher negativ, weil Wachstum mit beschleunigter Produktivitätssteigerung und damit Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen verbunden sei. Das BIP sage nichts aus über den Wohlstand einer Gesellschaft und Mangel sei eine reine Verteilungsfrage. Auch das Sozialsystem solle von Wachstumszwang und Erwerbsarbeit entkoppelt werden. Zur Diskussion dieser Behauptungen ist zunächst zu klären, was das BIP überhaupt ist und wie es mit den genannten Punkten zusammenhängt, und es ist ein Blick in die empirischen Daten notwendig. Auf dieser Grundlage sind die ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Probleme, Alternativen und Konsequenzen zu diskutieren.

Was ist das Bruttoinlandsprodukt, was ist Wertschöpfung?

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) drückt den Wert der im Inland produzierten Waren und Dienstleistungen in Form einer Geldsumme aus, die in einem bestimmten Zeitraum erwirtschaftet wurde. Das BIP ist eine zentrale Größe und Vergleichsmaßstab der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), die nach international einheitlichen verbindlichen Regeln durchgeführt werden.¹ Für vielerlei Abschätzungen lohnt es sich, sich die Größenordnung des BIP zu merken, es beträgt in Deutschland gegenwärtig etwa 2500 Milliarden Euro im Jahr. Ausgangspunkt sind die Marktpreise der Produkte, von denen gezahlte Gütersteuern abgezogen und zu denen Gütersubventionen addiert werden, um die Herstellungskosten zu ermitteln. Davon wird der Wert der in der Produktion verbrauchten Vorleistungen abgezogen, um die Bruttowertschöpfung zu ermitteln. Bei Nichtmarktproduzenten, also hauptsächlich beim Staat einschließlich Sozialversicherungen, gibt es keine Marktpreise. Hier wird ersatzweise stattdessen der Aufwand für Arbeitnehmerentgelte und Abschreibungen (also den Wertverlust der Bauten und Ausrüstungen) addiert und als Maß für die Bruttowertschöpfung genommen.

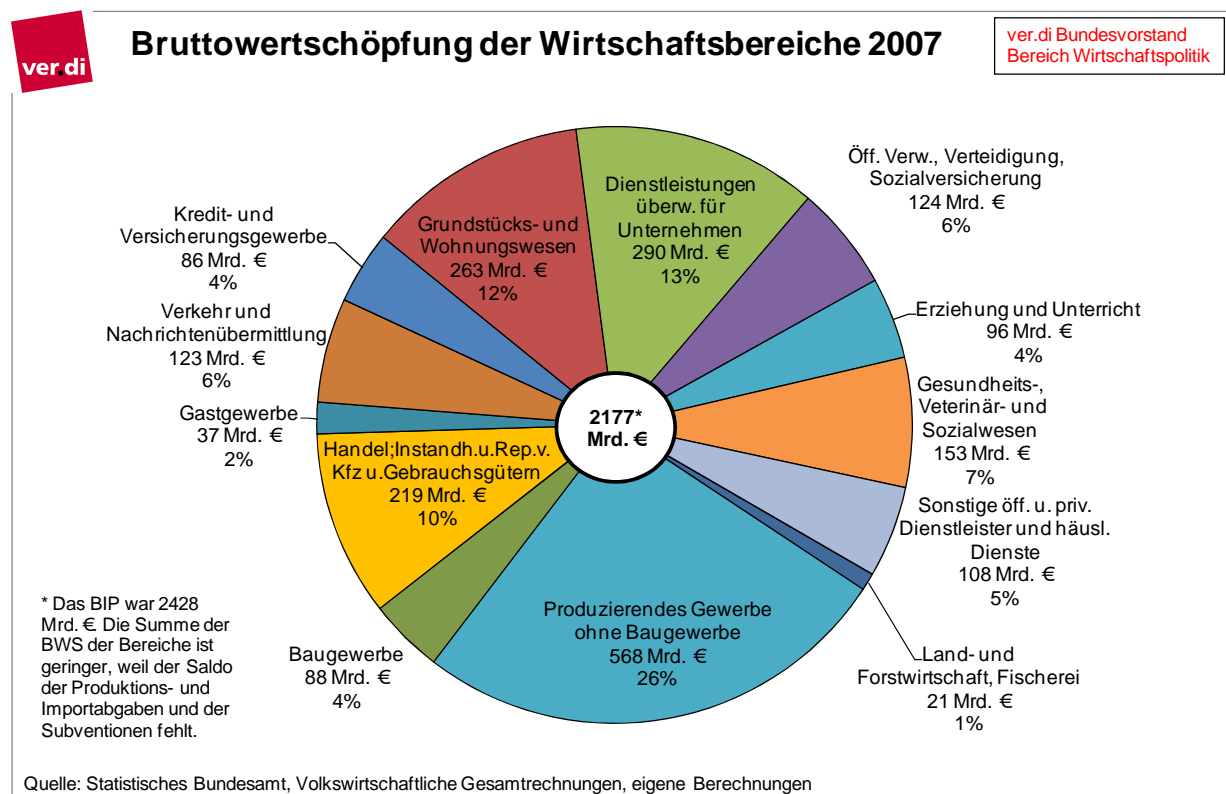
Als Wertschöpfung betrachten die VGR also im Kern Produktion durch Erwerbsarbeit, wobei auch Schwarzarbeit und andere nicht registrierte Erwerbstätigkeit durch Schätzungen einbezogen wird.² Vermögenszuwachs durch Empfang von Kapitalerträgen, Realisierung von Wertsteigerungen von Vermögensgütern und Finanzanlagen aller Art usw. betrachten die VGR nicht als Wertschöpfung, sondern als Verteilung und Aneignung anderswo produzierter Einkommen. Nur etwa 30 Prozent dieser Wertschöpfung entstammen in Deutschland den materiellen Waren produzierenden Sektoren des Verar-

¹ Einzelheiten zu den Methoden wie auch Daten sind Fachpublikationen des Statistischen Bundesamtes zu entnehmen, die unter www.destatis.de kostenlos heruntergeladen werden können.

² Einen Sonderfall stellt die Wohnungsnutzung dar, bei der auch selbstgenutztem Wohneigentum Mietwerte zugerechnet und auch Eigenleistungen als wertschöpfend berücksichtigt werden. Der so ermittelte Anteil an der Bruttowertschöpfung beträgt etwa vier Prozent des BIP.

beitenden Gewerbes, Baugewerbe, Bergbau und Landwirtschaft. Etwa 70 Prozent produzieren die verschiedenen Dienstleistungssektoren einschließlich des öffentlichen Dienstes. Der Anteil dieser Sektoren an Beschäftigung und Arbeitsvolumen ist ähnlich.

Der Wertschöpfungsbegriff der VGR hat faktisch Ähnlichkeiten mit der marxistischen Sicht. In dieser ist Wertschöpfung letztlich nichts anderes als die Produktion von Einkommen durch Arbeit, durch einen Beitrag zur Erarbeitung des in Form von Waren oder bezahlten Dienstleistungen gesellschaftlich produzierten Reichtums. Das Einkommen ermöglicht den Kauf eines quantitativ bestimmten Anteils dieser Produktion. Der Wertschöpfungsbegriff der VGR ist allerdings weiter als der Begriff der spezifisch kapitalistischen Wertschöpfung und der in dieser Hinsicht produktiven Arbeit, die Marx betrachtet hat und die nur Arbeit umfasst, die Mehrwert für das Kapital schafft. Der VGR-Begriff der Wertschöpfung und der Erwerbstätigkeit erfasst sozusagen aus der Perspektive der gesamten Gesellschaft, welche bezahlten Güter und Dienstleistungen diese produziert. Auch Lohnarbeit im öffentlichen Dienst und in Organisationen ohne Erwerbzweck wird dabei als wertschöpfend betrachtet. Er ist damit für wirtschaftspolitische Argumentationen der Linken, die eine Ausweitung der Beschäftigung – und damit in den VGR der Wertschöpfung – gerade auch im öffentlichen Dienst propagieren, sogar sinnvoller.³



Was das Bruttoinlandsprodukt nicht ist

Nicht erfasst werden in den VGR und im BIP Arbeiten, die unentgeltlich insbesondere in privaten Haushalten oder Organisationen ohne Erwerbzweck geleistet werden. Auch dazu liefert die Statistik jedoch umfangreiche Informationen, die beachtet werden sollten, etwa durch den Mikrozensus, das Sozio-ökonomische Panel und die Zeitbudgeterhebungen. Danach leisteten 2001 die Personen ab 12 Jahren in Deutschland neben 56 Mrd. Erwerbsarbeitsstunden plus 10 Mrd. Stunden Wegezeiten etwa 96 Mrd. Stunden

³ Dabei ist die Ermittlung der Wertschöpfung in den VGR durchaus an mehreren Punkten problematisch, etwa im Kredit- und Versicherungsgewerbe oder bei Managementtätigkeiten oder anderen wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen. Auch die Preisbereinigung wirft in vielen Bereichen Probleme auf oder ist fragwürdig. Dennoch können und müssen Linke mit der VGR gut arbeiten und argumentieren.

unbezahlte Arbeit in Haus und Garten, Einkaufen, Betreuung und Pflege, handwerkliche Arbeiten, Ehrenamt usw.. Dabei leisteten Frauen durchschnittlich mit knapp 31 Stunden pro Woche deutlich mehr unbezahlte Arbeit als Männer mit 19½ Stunden. Bei der Erwerbsarbeit inklusive Arbeitssuche und Wegezeiten war es andersherum: Frauen 12 Stunden, Männer 22½ Stunden. Insgesamt war die Arbeitsbelastung der Frauen mit 43 Stunden pro Woche durchschnittlich etwa eine Stunde höher als bei Männern, bedingt insbesondere durch ungleiche Arbeitsverteilung bei Paaren, wenn beide nicht erwerbstätig sind. (Quelle: Statistisches Bundesamt 2003, Wo bleibt die Zeit?)

Das BIP ist kein Maß für den Wohlstand oder gar das gute Leben einer Gesellschaft. Es darf also auch für die Politik kein Ziel an sich sein, kein Selbstzweck. Nicht nur weil es weite Arbeitsbereiche, die Freizeit und sonstige Lebensbedingungen nicht erfasst. Es liefert auch keine Informationen über die Belastung und Schädigung der Natur und der Menschen durch die Produktion. Wenn durch die Bearbeitung solcher Schädigungen etwa durch Medizin oder Umweltschutzmaßnahmen Einkommen entstehen, steigern diese das BIP. Die Inlandsproduktberechnung spiegelt nur die wertmäßige Seite der Produktion wider, nicht die stoffliche. Sie entspricht damit der kapitalistischen Produktion, für die die stofflichen Bedingungen nur insoweit interessant sind, wie sie Kosten oder Erlöse bringen (oder aufgrund rechtlicher Vorgaben beachtet werden müssen).

Die im BIP erfassten produzierten Güter und Dienstleistungen erlauben auch keine Aussage, wieweit insgesamt gesellschaftliche Bedürfnisse befriedigt werden. Die einzelnen Produkte erfüllen jeweils Bedürfnisse, haben Gebrauchswert, sonst würden sie nicht gekauft. Marx nannte dies den Doppelcharakter der Waren und dem entsprechend den Doppelcharakter der Waren produzierenden Arbeit: einerseits als konkrete Arbeit Gebrauchswert zu schaffen und andererseits zugleich als abstrakt menschliche Arbeit Wert zu schaffen, der sich im Tauschwert bzw. Preis ausdrückt. Relevant ist für kapitalistische Produktion ausschließlich der Gebrauchswert für den/die KäuferIn, ob der Gebrauch der Ware bei anderen Menschen oder der Umwelt Schäden anrichtet oder dies sogar der Zweck ist, wie bei Kriegswaffen, spielt keine Rolle. Nicht berücksichtigt werden Bedürfnisse, die nicht als zahlungsfähige Nachfrage geäußert werden (können). Wenn also kollektive oder gesamtgesellschaftliche Bedürfnisse befriedigt werden sollen, müssen Einzelne, Kollektive, Organisationen oder staatliche Institutionen entweder Geld dafür aufbringen und entsprechende Güter und Dienste kaufen oder selbst entsprechende öffentliche oder gemeinnützige Produktion organisieren. Sofern diese in Formen von Erwerbsarbeit stattfindet und damit Einkommen entstehen, gilt dies in den VGR als Wertschöpfung und schlägt sich im BIP nieder.

Gebrauchswerte stehen in keinem quantitativen Verhältnis zum ökonomischen Wert. Güter mit unverzichtbarem Gebrauchswert können kostenlos sein wie Luft oder natürlich vorkommendes Wasser. Andere Produkte wie z.B. Platinschmuck haben sehr großen ökonomischen Wert, weil hoher Aufwand letztlich an Arbeit zu ihrer Produktion nötig ist, obwohl sie reine Luxusbedürfnisse befriedigen und ansonsten völlig überflüssig sind. Gebrauchswerte sind als solche nicht quantifizierbar und sie gesamtwirtschaftlich aufzuaddieren ist nicht möglich, und zwar grundsätzlich, auch nicht mit einem anderen Berichtssystem, weil es für Bedürfnisbefriedigung keinen einheitlichen quantitativen Maßstab gibt und geben kann. Möglich ist die Erfassung von Daten über stoffliche und energetische Ströme und Bestände sowie von Indikatoren für Lebensqualität, Nachhaltigkeit usw. Solche liegen mittlerweile auch zunehmend umfangreich und differenziert vor, etwa Umweltökonomische Gesamtrechnungen, Indikatoren und Berichte zu Nachhaltigkeit, Gesundheit, Bildung, Armut und Reichtum usw.

Mittlerweile gibt es auch einen Vorschlag für einen nationalen Wohlfahrtsindex (Umweltbundesamt 2010, Wohlfahrtsmessung in Deutschland). Dabei ergibt sich eine Entkopplung, teil sogar ein Sinken des Wohlfahrtsindex bei steigendem BIP. Daraus folgt

aber nicht, dass sich der Index ohne BIP-Wachstum besser entwickelt hätte. Wahrscheinlicher ist das Gegenteil, weil die sozialen Probleme dann größer und die ökologischen nicht unbedingt kleiner wären. Entscheidend ist aber: Eine Maßzahl als solche bewirkt erst mal nichts, das gilt auch fürs BIP. Es ist immer eine Frage der gesellschaftlichen und politischen Diskussion und Entscheidung, die Indikatoren für Wohlstand auszuwählen und zu gewichten und diese Informationen zu beurteilen und in Handeln umzusetzen, insbesondere in wirksame staatliche Maßnahmen und Regulierungen.

Produktion, Einkommen, Wachstum

Die einzelwirtschaftliche Wertschöpfung kann (anders als Gebrauchswerte oder Einzelindikatoren) als Geldsumme gesamtwirtschaftlich aggregiert werden und ergibt dann das Bruttoinlandsprodukt. Das ist keine Bestandsgröße wie etwa das Anlagevermögen, sondern eine Stromgröße, die in einem Zeitraum jeweils neu produziert wird. Der Clou dabei ist, dass die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einen lückenlosen Kreislaufzusammenhang darstellen zwischen der Produktion der Werte, der Verteilung der dabei entstehenden Einkommen und der Verwendung der Einkommen und Produkte.

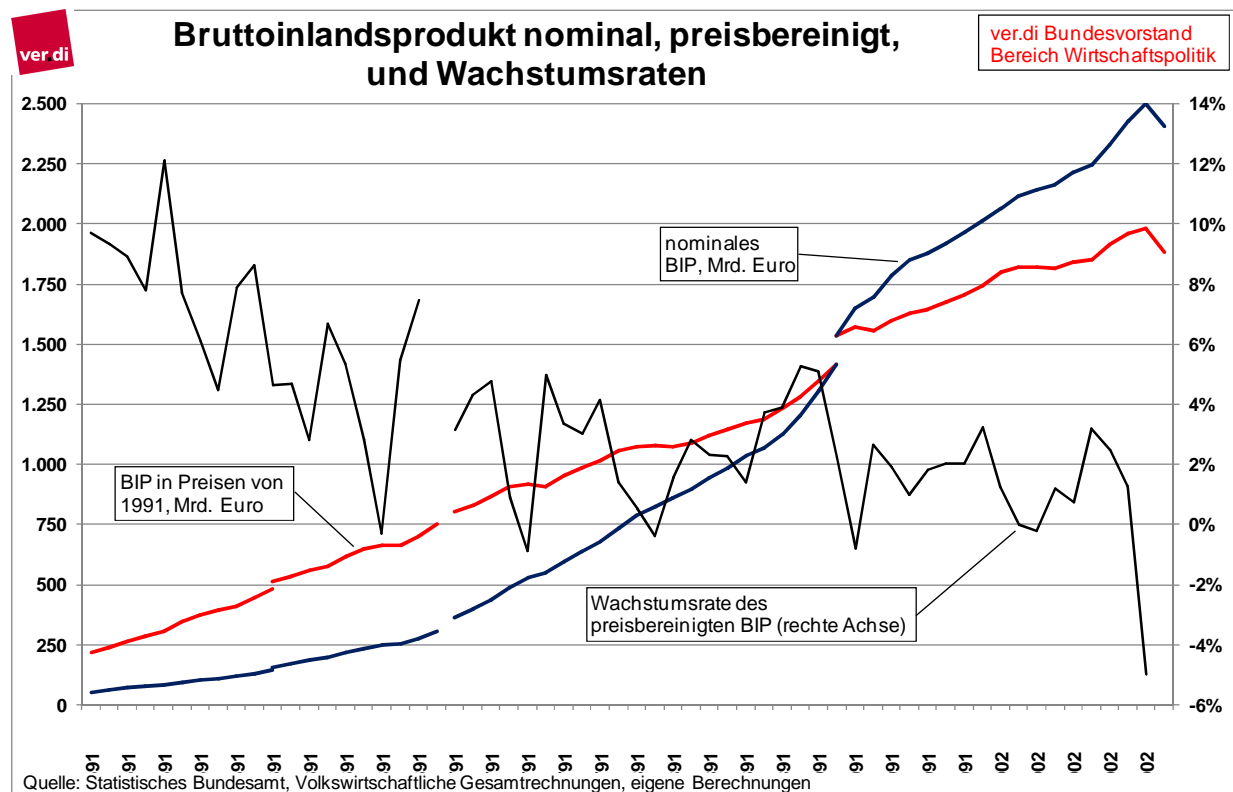
Entstehung, Verwendung und Verteilung des Bruttoinlandsprodukts 2009, Mrd. Euro

Entstehung	=	Verwendung	=	Verteilung
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei 18,05		<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div style="width: 45%;"> Konsumausgaben der privaten Haushalte 1 374,93 </div> <div style="width: 5%; text-align: center; font-weight: bold;">P r i v a t e</div> <div style="width: 45%;"> Konsumausgaben Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck 39,76 </div> </div>		Arbeitnehmerentgelt 1 223,90
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe 473,80			Unternehmens- und Vermögenseinkommen 591,10	
Baugewerbe 98,21			+ Produktions- und Importabgaben an den Staat abzüglich Subventionen vom Staat 270,43	
Handel, Gastgewerbe und Verkehr 378,21			+ Abschreibungen 364,97	
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister 666,48			- Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt 43,20	
Öffentliche und private Dienstleister 515,96				
+ Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen 256,49		+ Außenbeitrag (Exporte abzüglich Importe) 109,93		
		+ Bruttoinvestitionen 409,46		
		+ Konsumausgaben des Staates 473,12		
		+ Bruttowertschöpfung		

Quelle: Statistisches Bundesamt 2010, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Wichtige Zusammenhänge im Überblick.

Das BIP ergibt sich aus der Summe der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich der vom Staat erhobenen Gütersteuern abzüglich der vom Staat dafür gezahlten Subventionen. Addiert man dazu die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die den Inländern aus dem Ausland zufließen, und subtrahiert abfließende, resultiert das Bruttonationaleinkommen. Ein Teil der Bruttoeinkommen der Wirtschaftseinheiten gilt als bloßer Ersatz für die laufende Wertminderung des Anlagevermögens. Diese Abschreibungen betragen in Deutschland etwa 15 Prozent des BIP, zieht man sie ab, ergibt sich das Nettonationaleinkommen. Ein Teil davon (etwa 10 oder 11 Prozent des BIP) fließt direkt dem Staat zu, und zwar Produktions- und Importabgaben minus die vom Staat an Produzenten gezahlten Subventionen. Nach Abzug dessen ergibt sich das Volkseinkommen. Es beträgt etwa drei Viertel des BIP.

Das Volkseinkommen verteilt sich zunächst in Arbeitnehmerentgelte und in Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen, die Lohnquote, ist ein zentraler Indikator für die Entwicklung der gesellschaftlichen Verteilungsverhältnisse zwischen Lohnarbeit und Kapital. Sie ist von über 70 Prozent Anfang der 1990er Jahre auf 65 Prozent 2008 gesunken. Dahinter stecken vor allem für die Lohnabhängigen ungünstige Kräfteverhältnisse gegenüber dem Kapital infolge anhaltender Massenarbeitslosigkeit und einer politisch durchgesetzten Schwächung des sozialstaatlichen und tariflichen Schutzes der Lohnabhängigen und ihrer Einkommen. Darüber hinaus liefern die VGR eine Vielzahl weiterer Informationen und Kennzahlen, für Verteilungsverhältnisse bzw. ermöglichen diese zu errechnen, in und zwischen Wirtschaftsbereichen, für die Umverteilungsprozesse, die Staat und Sozialversicherungen organisieren, und für die resultierenden Proportionen der netto verfügbaren Einkommenskategorien. Im BIP werden diese Verhältnisse allerdings nicht ausgedrückt.



Wie ermittelt man nun das Wachstum des BIP und was drückt es aus? Es wird das in einem Zeitraum produzierte BIP mit dem eines früheren Zeitraums verglichen, am wichtigsten sind Vergleiche von Jahreswerten. Die Veränderungen des BIP sind dabei erheblich von Preisveränderungen beeinflusst. Diese werden herausgerechnet, es wird deflationiert. So stieg das BIP 1991 bis 2008 nominal, also in laufenden Preisen, um 63

Prozent, preisbereinigt nur um 29 Prozent. Die Veränderung des preisbereinigten BIP ist das, was üblicherweise als reales Wirtschaftswachstum bezeichnet wird. Es drückt also aus, wie sich die preisbereinigte Wertschöpfung, eine Geldgröße, im Kern das gesamtwirtschaftlich produzierte Realeinkommen, verändert hat, und spiegelt so die wirtschaftliche Entwicklung wider. Das reale BIP-Wachstum weist zum einen typische konjunkturelle Schwankungen und periodische Krisen auf, zum anderen ist es in den letzten Jahrzehnten in Deutschland tendenziell schwächer geworden.

BIP-Wachstum, Beschäftigung, Produktivität

In welcher Beziehung stehen nun BIP-Wachstum und Beschäftigung? Dividiert man das BIP durch die Zahl der gesamtwirtschaftlich geleisteten Erwerbsarbeitsstunden (das Arbeitsvolumen), ergibt sich die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde. Die kapitalistische Produktion zeichnet sich dadurch aus, dass sie die Arbeitsproduktivität stetig steigert, insbesondere durch die Weiterentwicklung der Produktionstechnik. Soweit die jeweilige Produktion nicht noch stärker wächst als die Produktivität, werden dadurch ständig Arbeitskräfte überflüssig und ggf. erwerbslos, „wegrationalisiert“. Wenn die gesamtwirtschaftliche Produktion kräftig wächst, finden sie möglicherweise anderswo eine neue Beschäftigung. Das ist aber keineswegs ausgemacht, sondern die kapitalistische Produktion führt immer wieder zu Arbeits- bzw. Erwerbslosigkeit vieler Menschen.

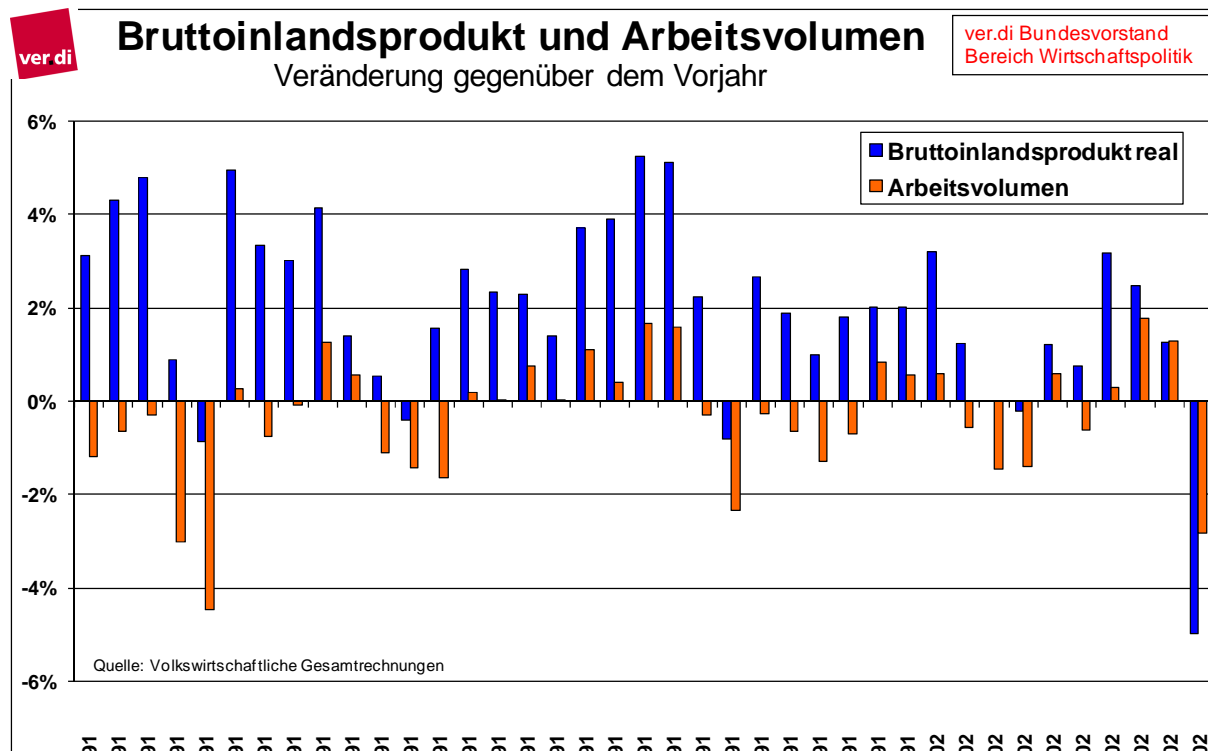
Höhere Arbeitsproduktivität kann auch durch geringe Arbeitszeiten ausgeglichen und dadurch die Zahl der Beschäftigten gehalten oder erhöht werden. Der Lohn muss dabei nicht sinken, sondern kann gleich bleiben (voller Lohnausgleich) oder sogar zusätzlich erhöht werden, weil ja in der kürzeren Zeit gleich viel oder mehr produziert wird. Dies muss aber ggf. als allgemeine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich in harten Kämpfen gegen das Kapital errungen werden. Die Tendenz des Kapitals besteht darin, die Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten so lang und flexibel wie möglich zu gestalten, Erwerbslose freizusetzen und als industrielle Reservearmee und zu nutzen, die Löhne zu drücken. Verkürzte Arbeitszeiten werden durch zunehmende Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung bei durchschnittlich deutlich niedrigeren Löhnen realisiert. Der Anteil der Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten ist von 6,4 Prozent 1970 über 16 Prozent 1991 auf knapp 35 Prozent 2009 gestiegen (bei Frauen 46, bei Männern neun Prozent er Beschäftigten). Die tatsächlich geleistete Wochenarbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten ist seit Anfang der 1990er Jahre um etwa eineinhalb Stunden gestiegen (vgl. DIW-Wochenbericht 25/2009).

Das BIP kann dargestellt werden als das Produkt aus Arbeitsproduktivität, durchschnittlicher Arbeitszeit und Zahl der Erwerbstätigen. Die Erwerbstätigenzahl steigt, wenn das BIP schneller wächst als das Produkt aus Arbeitsproduktivität und durchschnittlicher Arbeitszeit. Für kurze Zeiträume kann näherungsweise gerechnet werden: Die prozentuale Wachstumsrate des BIP muss höher sein als die Summe der Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität und der durchschnittlichen Arbeitszeit. Auf dieser Ebene besteht jedenfalls ein klarer positiver Zusammenhang von BIP-Wachstum und Beschäftigung.

Dem steht entgegen, dass höheres BIP-Wachstum mit beschleunigter Produktivitätssteigerung verbunden ist. Welche Tendenz überwiegt, ist eine empirische Frage. Dabei zeigt sich, dass das Produktivitätswachstum weniger veränderlich ist als das BIP-Wachstum. Das Arbeitsvolumen geht regelmäßig zurück im Gefolge von wirtschaftlichen Krisen- und Stagnationsphasen, dann sinkt auch die Beschäftigtenzahl und die Arbeitslosigkeit steigt. Im Zuge von Wachstumsphasen dagegen stieg die Beschäftigung und die Arbeitslosigkeit sank zumeist. Ab einem BIP-Wachstum von etwa 1,5 Prozent wird in Deutschland gegenwärtig ein Zuwachs des Arbeitsvolumens und der Beschäftigung in Gang gesetzt. Dieser Wert der „Beschäftigungsschwelle“ ist im Laufe der Zeit gesunken. Dies liegt vor allem daran, dass der Anteil der Dienstleistungen am BIP

gestiegen ist, in denen die Produktivitätssteigerung überwiegend langsamer ist als in der Industrie. Durch eine linke Politik des Ausbaus öffentlicher Dienstleistungen und der Stärkung der Massenkauftkraft würde deren Anteil weiter gesteigert und die Beschäftigungsschwelle tendenziell weiter gesenkt.

Insgesamt ist das Arbeitsvolumen in der BRD von 1970 bis 1991 um sieben Prozent gesunken, von 1991 bis 2008 um knapp vier Prozent gesunken. Das preisbereinigte BIP stieg in diesen Zeiträumen um 76 und 29 Prozent, die Arbeitsproduktivität um 89 und 34 Prozent. Die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen sank um 22 und um neun Prozent. Die Erwerbstätigenzahl stieg 1970 bis 1991 um 18 Prozent und 1991 bis 2008 um vier Prozent, auf über 40 Millionen, ein historischer Höchststand. Das Problem sind dabei die immer mehr prekären und nicht existenzsichernden Beschäftigungsverhältnisse. Zugleich sind dringende Bedürfnisse etwa in Bildung und sozialen Dienstleistungen unbefriedigt, weil dem Staat, der sie finanzieren müsste, durch Steuersenkungen zugunsten von Reichen und Unternehmen das Geld dafür entzogen wurde. Massenerwerbslosigkeit und Armut sind Resultat der spezifisch kapitalistischen Produktions- und Verteilungsverhältnisse. Davon, dass der Gesellschaft die Arbeit ausginge und eine Politik mit dem Ziel der Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit daher sinnlos sei, kann jedenfalls keine Rede sein. Durch alternative Wirtschaftspolitik und Verkürzung der Arbeitszeiten kann das Ziel neuer Vollbeschäftigung wirksam verfolgt werden.



BIP-Wachstum und Naturbeanspruchung

Bei der Produktion und der Verwendung von Gütern und Dienstleistungen werden der Natur Rohstoffe entnommen, es wird Energie eingesetzt, Bodenfläche genutzt, Produkte und Schadstoffe und sonstige Emissionen werden in die Umwelt abgegeben. Die kapitalistische Produktion ist gegenüber ihren sozialen und ökologischen Folgen und Kosten aus sich heraus gleichgültig, berücksichtigt sie nicht in der Kalkulation. Sie werden externalisiert und damit tendenziell immer mehr vergrößert, wenn die Gesellschaft nicht durch Gegenwehr der Betroffenen, tarifliche und rechtliche Regelungen entgegenwirkt. Im Ergebnis führte wachsende Produktion insbesondere der Industrie und Landwirtschaft zu wachsender Beanspruchung natürlicher Ressourcen und Umweltbelastung, die durch gesellschaftliche Gegenaktionen und Regulierungen bisher nur unzureichend

eingedämmt wurde. Es ist in der Linken weitgehend Konsens, dass ein massives Schrumpfen des Ressourcenverbrauchs und der Schadstoffemissionen notwendig ist.

Doch inwieweit folgt daraus eine Orientierung auf ein Schrumpfen des BIP oder auf Null-Wachstum? Zunächst mal: ein bloßes Nullwachstum oder Schrumpfen des BIP bedeutet nur, dass die laufende Überbeanspruchung der Natur im gleichen oder wenig geringeren Umfang wie bisher fortgesetzt wird. Das bringt es nicht. Notwendig ist stattdessen ein möglichst rascher und tiefgreifender ökologischer Umbau. Dieser muss Produktions- und Lebensweise auf neue Grundlagen stellen, so dass nur noch ein Bruchteil der bisherigen Stoff- und Energieflüsse erfolgen und diese zudem weitgehend aus regenerativen Quellen, und die Produkte nach ihrer Nutzung ebenfalls weitgehend wieder in Produktions- oder Naturkreisläufe eingehen. Dies erfordert aber in den kommenden Jahren und Jahrzehnten große Investitionen und erheblichen Arbeitsaufwand, also Beiträge zum BIP.

Die Ressourcen- oder Umweltproduktivität, also wie viel (preisbereinigter) Wertschöpfung mit einer Mengeneinheit verschiedener natürlicher Ressourcen produziert wird, kann und muss stark gesteigert werden. Zudem kann und muss ein stark zunehmender Teil der Ressourcen aus regenerativen Quellen erzeugt und der Produkte und Reststoffe wieder verwertbar oder biologisch abbaubar sein. Inwieweit ist das möglich?

Zunächst darf BIP-Wachstum nicht gleichgesetzt werden mit zunehmender Produktion materieller Güter. Der Strukturwandel in Richtung der Dienstleistungen kann zu wachsendem BIP bei sinkender materieller Produktion führen. Diesen Wandel wollen Linke vorantreiben, er kann zu starker Verminderung der Naturbeanspruchung genutzt werden. 2007 hatten etwa Metall- und Chemieindustrie einen vier bis fünf mal so hohen Primärenergieverbrauch je Euro Bruttowertschöpfung wie der Durchschnitt des produzierenden Gewerbes, und dieses wiederum einen mehr als fünf mal so hohen wie der Sektor öffentliche und private Dienstleister. Insbesondere die in Deutschland besonders große Exportproduktion ist mit überproportionalen Umweltbelastungen verbunden (Quelle: Statistisches Bundesamt 2009, Umweltnutzung und Wirtschaft). Die Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Ressourcenproduktivität ist also nicht nur eine technische Frage, sondern ebenso oder noch mehr eine der Produktionsstruktur.

In seiner Definition im Kapital I bestimmt Marx die Arbeit als zweckbestimmte menschliche Tätigkeit, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur vermittelt (MEW 23, S. 192f.). Doch die Notwendigkeit, den Stoffwechsel mit der Natur zu bewerkstelligen, bezieht sich auf den gesellschaftlichen Arbeitsprozess insgesamt, nicht auf jede einzelne Arbeitstätigkeit. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung und die Vielfalt der menschlichen Arbeiten entwickelt sich dahin, dass immer mehr Arbeitstätigkeiten keine Stoffe bearbeiten, sondern Dienstleistungen an Menschen oder der Gesellschaft erbringen, Informationen verarbeiten, kommunizieren usw. Soweit für diese Arbeiten ein zahlungsfähiges gesellschaftliches Bedürfnis geäußert wird, sind auch sie Wertschöpfung. Sie tragen zur Steigerung des BIP bei, auch wenn ihre stofflich-energetische Dimension geringfügig ist. BIP-Wachstum bedeutet mehr oder produktivere Erwerbsarbeit, nicht mehr Stoffwechsel oder Energieeinsatz.

Zu beachten ist auf der anderen Seite, dass auch Lebens- und Produktionsprozesse, die keinen ökonomischen Wert bzw. Einkommen schaffen, immer eine stofflich-energetische Seite haben. Allein der direkte Endenergieverbrauch der privaten Haushalte (ohne Energiegehalt der Konsumgüter) beträgt ein Viertel des gesamten, die Belastungen aus dem Verkehr gehen sogar zum überwiegenden Teil auf die Haushalte zurück. Insbesondere bei der – das BIP steigernden – Ausweitung von öffentlichem Verkehr, Bildung und sozialen Dienstleistungen muss gegengerechnet werden, welche Einsparungen dadurch in privaten Haushalten erfolgen. Personell gut ausgestattete

Ganztagsschulen mit Mittagsverpflegung dürften zum Beispiel eine geringere Umweltbelastung bedeuten, als wenn tausend Kleinfamilien einzeln kochen und vorher – schlimmstenfalls mit dem Auto – Lebensmittel einkaufen waren.

Sozial-ökologischer Umbau: stofflich schrumpfen, nicht wertmäßig!

Es ist m.E. grundsätzlich unbestreitbar, dass zusätzliche Wertschöpfung und damit höheres BIP mit einer erheblichen Verringerung der Umweltbelastung verbunden werden kann, etwa wenn zusätzliche Erwerbsarbeit zur Vermeidung oder Beseitigung von Umweltbelastungen organisiert wird, etwa im Recycling und für Aktivitäten des ökologischen Umbaus. Wachstum des BIP muss also nicht mit wachsender, sondern kann und muss mit abnehmender Naturbeanspruchung verbunden werden. Schon in den letzten Jahren wächst die Ressourcenproduktivität in Deutschland im allgemeinen schneller als das BIP, so dass der Gesamtverbrauch der meisten Ressourcen und die Freisetzung der meisten Schadstoffe rückläufig ist.

Dies ist aber bisher völlig unzureichend. Die Frage ist, in welchem Umfang ist diese Entkopplung von Wertschöpfung und Naturbeanspruchung realistisch? Schließlich geht es um die Reduzierung der Belastungen auf einen Bruchteil. Wenn zugleich das BIP weiter wächst, erfordert das um so stärkere Erhöhungen der Ressourcenproduktivität. Zugleich erfordert die globale Entwicklung und Gerechtigkeit und die wachsende Bevölkerung dort, dass in den ärmeren Ländern der Erde Produktion und Konsum noch erheblich wachsen. Dies zu schaffen und dabei gleichzeitig die Naturbeanspruchung im notwendigen Maße zu vermindern, erscheint fast unmöglich.

Doch das ist eine praktische Frage, wieweit das gelingt, nicht eine theoretisch zu beantwortende. Ein radikaler sozial-ökologischer Umbau der Produktion und Lebensweise hat bisher noch nicht stattgefunden. Wir wissen nicht, in welchem Maße eine Entkopplung von BIP und Naturbeanspruchung dabei möglich sein wird. Es ist besser, dabei unvollkommen zu bleiben und nicht alle Ziele zu erreichen, als von vornherein zu scheitern, weil man nicht mal versucht hat, das weitest mögliche herauszuholen.

Je radikaler wir die ökologischen Ziele formulieren, um so mehr muss auch klar sein, es geht dabei nicht um mehr oder weniger BIP, sondern um eine Umwälzung der gesamten gesellschaftlichen und globalen Produktions- und Lebensweise, und das ist vor allem eine gesellschaftspolitische Herausforderung, keine umweltpolitische. Schwierig und bei zu weitgehender Zielstellung wahrscheinlich unrealistisch ist nicht nur eine weitgehende Entkopplung, sondern die Erreichung der ökologischen Ziele selbst, auch und erst recht ohne weiteres BIP-Wachstum. Es sehr wahrscheinlich, dass die Menschheit noch viele Jahrzehnte lang die Natur mehr beanspruchen wird, als dauerhaft nachhaltig und ökologisch zu fordern ist, auch wenn wir noch so sehr anderes wünschen und fordern und dafür aktiv sind.

Das größte Problem, das bewältigt werden muss, besteht darin, eine Strategie des radikalen ökologischen Umbau gesellschaftlich und politisch durchzusetzen und die Menschen dafür zu gewinnen, in den ärmeren wie in den reicheren Ländern der Erde, und auch sich selbst. Das erfordert eine Konzeption und Strategie, die nicht nur die ökologischen Notwendigkeiten und Zwänge beschwört, sondern zugleich ein besseres Leben, sinnvolle und angemessen bezahlte Arbeit und soziale Sicherheit realistisch in Aussicht stellt. Öko-Umbau als mit Zwang durchgesetzte Politik der Einschränkung und Wohlstandsminderung der Massen, schlimmstenfalls damit die Reichen weiterhin im Luxus leben können, das kann für Linke keine Perspektive sein.

Notwendig ist deshalb eine Konzeption des sozial-ökologischen Umbaus, der zugleich mehr Lebensqualität für die Mehrheit der Menschen bringt und die sozial- und beschäftigungspolitischen Zielsetzungen der Linken befördert. Dies erfordert aber eine linke

alternative Wirtschaftspolitik, wie ich sie zu Beginn dieses Textes beschrieben habe und die auf ein qualitatives oder auch selektives, sozial-ökologisch gesteuertes Wachstum des BIP gerichtet ist. Eine weitgehende Entkopplung von BIP und Naturbeanspruchung mag schwierig sein. Aber wenn wir wollen, dass mehr Menschen Erwerbsarbeit haben und Geld verdienen, ohne dass die anderen Beschäftigten in gleichem Umfang weniger verdienen, dann wird das kaum anders möglich sein, als dass sich das ökonomisch-statistisch als Wachstum des BIP darstellt. Selbst wenn nur mehr ErzieherInnen und AltenpflegerInnen oder KünstlerInnen beschäftigt werden, die vorher nicht erwerbstätig waren, dann stellt sich das wirtschaftsstatistisch unvermeidlich als Beitrag zur Steigerung des Bruttoinlandsprodukts, also des Wachstums, dar. Das Gleiche gilt für zusätzliche Investitionen in Energieeinsparung, solare Energieversorgung usw.

Neben riesigen Effizienzsteigerungen und dem Ersatz von Energie und Rohstoffen aus nichtregenerativen durch solche aus regenerativen Quellen geht es auch um andere, hochwertigere Güter und Dienstleistungen. Die Behauptung, wachsender Aufwand für Umweltschutz und ökologische Produktgestaltung schmälere notwendiger Weise den Spielraum für Wertschöpfung, ist falsch. Wenn es nicht um höhere Kosten für die gleichen Produkte geht, sondern um neue Produkte, deren höhere ökologische Qualität entweder an anderer Stelle Kosten spart oder als zusätzlicher Gebrauchswert anerkannt wird, dann gilt zusätzlicher Arbeitsaufwand für ihre Produktion als zusätzlich wertschöpfend. Zum Beispiel ein im Bau teureres Null- oder Negativ-Energie-Haus im Vergleich zu einem konventionellen, das aber höhere Heiz- und Betriebskosten verursacht, oder in der Region biologisch erzeugte Nahrungsmittel, die mit umweltfreundlichen Transportmitteln ins Haus gebracht werden und für die höhere Preise akzeptiert werden. Wichtig ist dabei, dass die Menschen das als Steigerung ihres Wohlstands bewerten – und sich das auch leisten können, alle und nicht nur eine Minderheit.

In der ersten Phase des sozial-ökologischen Umbaus wird dieser mit einem Wachstum des BIP verbunden sein und sein müssen, auch in den entwickelten Ländern, erst recht weltweit. Dies ist der Weg, der am schnellsten die infrastrukturellen und technischen Grundlagen einer neuen naturverträglichen Wirtschafts- und Lebensweise für die fast sieben Milliarden Menschen produzieren kann, und es ist der ökonomisch und politisch einzig realistische Weg. Nur eine solche Strategie ermöglicht, die Mehrheit der Menschen, die gute und sichere Arbeit und Einkommen und besser leben wollen, zu gewinnen für eine Politik des Umbaus, die die Inanspruchnahme der Natur und bisherige material- und energieintensive Produktionen massiv reduziert. Zentral ist die sozial gerechte Verteilung der damit verbundenen Kosten und ein Abbau der sozialen Ungleichheit insgesamt. Eine solche Politik des sozial-ökologischen Umbaus muss gegen machtvolle Kapitalinteressen durchgesetzt werden, um so mehr ist sie auf die Unterstützung der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften angewiesen.

Später, in einigen Jahrzehnten, kann dann eine zweite Phase des sozial-ökologischen Umbaus oder – weitergehend formuliert – der sozial-ökologischen Revolution der menschlichen Zivilisation einsetzen. Wenn die materiellen Bedürfnisse auf ökologisch nachhaltige Weise und in sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit befriedigt werden, können die Menschen bewusst und ohne sozial-ökonomische Bedrängungen ihre Produktivitäten einschränken und ein qualitativ neues Gewicht auf erhöhten Lebensgenuss durch Muße, Bildung, Kultur und Kommunikation als Selbstzweck in einer naturverträglichen Lebensweise legen. Die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeiten ist dabei ein zentrales Element. Die Entwicklung des BIP spielt dann keine wichtige Rolle mehr, weil bzw. wenn die Steigerung der Einkommen kein vorrangiges Motiv und Bedingung größeren Wohlstands mehr ist. Dies ist aber nicht primär eine Frage der Psychologie, sondern der gesellschaftlichen Verhältnisse, die auch entsprechende Bewusstseinsformen und Verhaltensweisen hervorbringen. Es erfordert, dass das Kapital, das die Ver-

wertung des Werts als Selbstzweck betreibt und die Einzelnen in seinem Verwertungsprozess in Konkurrenz zueinander setzt, keine bestimmende Rolle in der menschlichen Gesellschaft mehr spielt.

Erwerbsarbeit, Umverteilung und Sozialstaat

Neben der ökologisch motivierten Wachstumskritik und derjenigen, die die Beschäftigungswirkung von Wachstum bestreitet, wird eine Gegenposition zu der beschriebenen Konzeption linker Wirtschafts- und Umbaupolitik auch aus einer anderen Richtung vorgebracht. Gefordert wird eine grundsätzliche Abkehr von der Orientierung auf Erwerbsarbeit und eine Entkopplung des Sozialstaates und der Finanzierung und Verteilung sozialer Leistungen von der Erwerbsarbeit. Dagegen gibt es viel zu sagen, philosophisch, soziologisch, politisch. Ich will mich hier darauf beschränken, auf einige ökonomische Zusammenhänge hinzuweisen, die bei der Vorstellung, Einkommen und soziale Sicherung ließen sich von der Erwerbsarbeit entkoppeln, häufig ignoriert werden.

Die eine Variante der Entkopplung ist lediglich darauf gerichtet, Rente, Arbeitslosengeld und Krankenversicherung nicht mehr aus Sozialbeiträgen auf Erwerbseinkommen, sondern aus Steuern zu finanzieren. Einige verbinden damit die Vorstellung, durch eine solche Senkung der „Lohnnebenkosten“ würde es für Arbeitgeber attraktiver, weil kostengünstiger, die Beschäftigung auszuweiten, und dies senke die Arbeitslosigkeit. Dies ist letztlich nur eine pseudosoziale Variante der falschen neoliberalen Argumentation, dass zu hohe Löhne der Grund der Arbeitslosigkeit seien.

Anderen geht es darum, sich auf möglichst hohe gleiche Leistungen für alle zu konzentrieren und sich dazu vom Prinzip der auf Beitragszahlungen begründeten Lebensstandardsicherung zu verabschieden. Zur Armutsvermeidung ist das unnötig, dafür reicht eine wesentliche Verbesserung bedarfsabhängiger ergänzender Leistungen aus und wäre viel zielgerichteter. Der Abschied von der Lebensstandardsicherung würde die Akzeptanz hoher Beitrags- oder auch Steuerzahlungen bei der Erwerbsbevölkerung und damit die politische Unterstützung für den Sozialstaat gravierend schwächen. Profitieren würden die privaten Versicherungen, die dann als einzige Lebensstandardsicherung anbieten würden, gegen entsprechend hohe, allein von den Versicherten zu tragende Beiträge. Der Wegfall der Arbeitgeberbeiträge würde die Umverteilung zugunsten des Kapitals vorantreiben und ist schafft ein starkes Interesse der Unternehmer an einer solchen Politik. Für Linke ist hier größte Vorsicht geboten, um nicht einer neoliberalen Politik Vorschub zu leisten, die schon einiges in dieser Richtung durchgesetzt hat: Rentenkürzungen und Riesterrente, Zusatzbeiträge der Versicherten zur Krankenkasse mit der Perspektive der Kopfpauschale usw.

Die weitestgehende Vorstellung ist die eines bedingungslosen Grundeinkommen für alle, das von einigen sogar als Weg der Befreiung vom Zwang der Lohnarbeit bzw. der Erwerbsarbeit insgesamt angesehen wird. Tatsächlich ist es aber so, dass ein Grundeinkommen wie jede staatliche Sozialleistung vollständig auf verallgemeinerter Erwerbsarbeit beruht. Es handelt sich hierbei um Geldleistungen, die nur insoweit einen Wert haben, wie damit Güter und Dienstleistungen gekauft werden können. Alle diese käuflichen Güter und Dienstleistungen werden aber durch Erwerbsarbeit hergestellt. Wer Geld ausgibt um etwas zu kaufen, kommandiert damit die Arbeit anderer Menschen. Er oder sie veranlasst, dass andere gegen Entgelt eine Arbeit machen, nicht weil sie ihnen Spaß macht oder sie sie besonders sinnvoll finden, sondern weil sie das Bedürfnis derjenigen befriedigt, die bezahlen. Wer Erwerbsarbeit per se als „entfremdet“

und „zwanghaft“ kritisiert und sie deshalb überwinden will, kann dazu nicht Geldleistungen fordern.⁴

Aller Sozialaufwand wird immer aus der laufenden Wertschöpfung finanziert, also aus dem erarbeiteten Bruttoinlandsprodukt bzw. Volkseinkommen. Praktisch wird das realisiert, indem der Staat oder die Sozialversicherungen Steuern oder Sozialbeiträge erheben. Diese mindern immer die Nettoeinkommen der Erwerbstätigen bzw. ihre Kaufkraft. Die Vorstellung, die Sozialleistungen könnten allein zu Lasten der Kapitaleinkommen finanziert werden anstatt zu Lasten der Arbeitseinkommen, ist völlig unrealistisch. Dies soll kein Argument gegen hohe Sozialleistungen sein, sondern auf reale ökonomische und politische Bedingungen aufmerksam machen, die berücksichtigt werden müssen. Hohe und nötigenfalls für lange Zeit laufende Arbeitslosengeldzahlungen sind auch im Interesse der Beschäftigten, um das Druckpotenzial des Kapitals zu begrenzen. Soweit die gezahlten Sozialleistungen aber nicht begründet sind durch frühere Beitragszahlungen oder unverschuldete Bedürftigkeit der EmpfängerInnen, werden sie als ungerecht empfunden.

Eine wie auch immer geartete grundsätzliche Entkopplung der Sozialleistungen von der Erwerbsarbeit ist also schlichtweg unmöglich. Richtig ist stattdessen, egal wie die Finanzierung konkret gestrickt ist: Je weniger Erwerbsarbeitende es gibt, je niedriger ihre Arbeitseinkommen sind und je höher die Sozialleistungen sind, desto stärker werden die Erwerbstätigen durch die Abzüge zur Finanzierung der Sozialleistungen belastet und Abneigung dagegen entwickeln. Daran können antisoziale Kräfte anknüpfen. Je höher die Erwerbsbeteiligung und die Erwerbseinkommen und je niedriger die Arbeitslosigkeit ist, desto höher können die Sozialleistungen im Verhältnis zur Abgabenbelastung sein und desto eher sind sie damit auch politisch durchsetzbar.

An einer Politik, die für ein hinreichendes Angebot guter Arbeitsplätze sorgt, führt also für Linke kein Weg vorbei, auch und gerade im Interesse der Erwerbslosen, ihrer Chancen auf eine gute Arbeit und auch auf hohe Sozialleistungen. Das ist der notwendige Kern einer ökonomisch und gesellschaftlich tragfähigen sozialen Alternative. Die Hinnahme von Massenarbeitslosigkeit liegt nur im Interesse des Kapitals, das dann auf gefügige Beschäftigte und eine zu fast allem bereite Reservearmee aus Erwerbslosen zählen kann.

Wachstumszwang, Kapitalismus und sozial-ökologische Alternative

Die Orientierung auf eine Kritik des Wachstums im Sinne des Bruttoinlandsprodukts ebenso wie der Erwerbsarbeit als angebliche Wurzel der Übel ist auch deshalb verfehlt, weil das eigentliche Kernproblem ein anderes ist: die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise, die überall in den entwickelten Ländern der Erde dominiert. Diese bringen die ökonomischen, sozialen und ökologischen Widersprüche, Probleme und Krisen hervor, die wir bewältigen müssen. Das BIP und die Orientierung der Wirtschaftspolitik am BIP sind nur Indikator und Ausdruck dieser eigentlichen, zugrunde liegenden Problematik.

Der Wachstumszwang der heutigen Gesellschaften ergibt sich letztlich daraus, dass das Kapital, der zum Zwecke seiner Verwertung und stetigen Steigerung angelegte finanzielle Reichtum, die herrschende ökonomische und auch politische Macht ist. Jede Störung des kapitalistischen Wachstums bedeutet daher Krise und führt zu steigender Erwerbslosigkeit und sinkenden Masseneinkommen sowie zunehmender öffentlicher

⁴ Auch aus vielen anderen Gründen ist das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens hoch problematisch. Vgl. etwa Daniel Kreutz, Bedingungslose Freiheit? Warum die Grundeinkommensdebatte den Freunden des Kapitalismus in die Hände spielt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2010.

Verschuldung, weil Steuereinnahmen sinken und öffentliche Ausgaben steigen. Dies verschlechtert insbesondere die Lebensbedingungen und Durchsetzungsmöglichkeiten der Lohnabhängigen und sozial schlechter gestellten Bevölkerungsgruppen.⁵

Dies führt wiederum dazu, dass nicht nur für das Kapital, sondern auch für die große Mehrheit der Menschen die Sicherung und Verbesserung ihrer Erwerbsmöglichkeiten und damit ökonomischen Lebensgrundlagen in einer wachsenden Wirtschaft zum vorrangigen Interesse wird. Eine Priorität auf Naturverträglichkeit und der Verzicht auf Wachstum und damit auf die Chance wachsender Einkommen und materiellen Wohlstands für alle hat daher materielle Voraussetzungen: Sie erfordern die Gewährleistung sozialer Sicherheit und Lebensstandardsicherung für die große Mehrheit der Bevölkerung und den Abbau des die Gesellschaft prägenden Konkurrenz- und Leistungsdrucks und der sozialen Ungleichheit, letztlich also die Überwindung der kapitalistischen Eigentums-, Produktions- und Verhältnisse.

Ein weiteres Problem ergibt sich aus den bereits angesammelten und weiter wachsenden Finanzvermögen einerseits, privaten und öffentlichen Schulden als ihrem Spiegelbild andererseits. Ihr Wachstum führt tendenziell zu steigenden Ansprüchen an die Wertschöpfung, um Vermögenseinkommen bzw. Schuldendienst zu bedienen, und mindert so die für Löhne, Sozialleistungen und öffentliche Dienste zur Verfügung stehenden Einkommen. Wenn das (nominale) Bruttoinlandsprodukt nicht mehr wachsen, sondern schrumpfen würde, wüchse die daraus resultierende Belastung selbst ohne weiteres Wachstum dieser Vermögen und Schulden immer mehr an. Eine Gesellschaft ohne Wachstum erfordert deshalb einen Abbau bzw. eine Entwertung von Finanzvermögen und Schulden sowie starke Reduzierung der Renditen auf Finanzanlagen, ggf. auf Null oder negative Werte. Der wahrscheinlich einfachste Weg dahin wäre – neben hoher Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung – eine kontrollierte deutlich erhöhte Inflation (vielleicht um die fünf Prozent pro Jahr). Die Arbeitseinkommen müssten nominal entsprechend stärker steigen, um die Inflation auszugleichen. Die Inflation müsste auf jeden Fall so hoch sein, dass das nominale, also nicht preisbereinigte, Bruttoinlandsprodukt weiter wächst, auch wenn das reale, preisbereinigte, schrumpft.

Es geht also nicht um das BIP und sein Wachstum, sondern um eine andere, nicht mehr kapitalistisch dominierte, sondern nach sozialen und ökologischen Kriterien demokratisch gestaltete Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Dann kann allen Menschen gute und gerechte Beteiligung an gesellschaftlich organisierter Arbeit und Einkommen ermöglicht werden, auch ohne dass die Wirtschaft wächst, und es kann planmäßig ein ökologischer Umbau von Produktion und Infrastruktur vorangetrieben werden. Das erfordert wiederum eine demokratische Rahmenplanung und Lenkung der nationalen, regionalen und möglichst auch europäischen und globalen Wirtschaftsstrukturen und -entwicklungen. Dies ginge wohl nur auf der Grundlage einer Überwindung der Vorherrschaft kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln, durch die demokratische Vergesellschaftung des Finanzsektors, der Daseinsvorsorge und der Infrastruktur sowie von strukturbestimmenden Großunternehmen in den wichtigen Wirtschaftsbereichen. Die Frage der sozial-ökologischen Revolution ist also zugleich die Frage der Überwindung des Kapitalismus zugunsten eines demokratischen Sozialismus.

⁵ Wobei sich das kapitalistische Interesse gar nicht eigentlich auf das Wachstum des BIP richtet, sondern auf das Wachstum der privaten Profite und Kapitaleinkommen. Insbesondere an einer Ausweitung von sozialstaatlich organisierter Beschäftigung hat das Kapital kein Interesse, obwohl dies einen Beitrag zum BIP leistet. Da die herrschenden Interessen aber als Interessen der Allgemeinheit dargestellt werden, artikuliert das Kapital ein Interesse an Wirtschaftswachstum als angeblich gut für alle und behauptet zugleich die neoliberale Politik als darauf gerichtet. Zugleich kämpft sie für die Schrumpfung des Sozialstaats und eine Umverteilung von unten nach oben, obwohl dies das BIP-Wachstum in Wirklichkeit senkt.

Wenn – zurecht – gefordert wird, dass der ökologische Umbau ein integrales und zentrales Element einer Politik und Strategie des demokratischen Sozialismus sein muss, gilt dies ebenso umgekehrt: Nur im Rahmen einer Politik und Strategie des demokratischen Sozialismus insgesamt kann ein sozial-ökologischer Umbau konzipiert und durchgesetzt werden. Das bedeutet aber auch, dass eine Verabsolutierung und politische Überbetonung der ökologischen Forderungen ebenso wie eine abstrakte Kritik der Erwerbsarbeit oder eines darauf beruhenden Sozialstaats nicht zielführend sind. Sondern es kommt darauf an, ein halbwegs konsistentes und realisierbares Gesamtkonzept einer Alternative aufzuzeigen und gesellschaftliche und politische Kräfte und Bündnisse zu formieren, um eine sozial-ökologische und emanzipatorische Umgestaltung tatsächlich durchzusetzen, statt nur darüber zu philosophieren oder sektiererisch zu agitieren. Dies kann nur gelingen, wenn wir diese Anliegen mit den sozialen Interessen der arbeitenden Klassen verbinden und zu Triebkräften entwickeln, die die sozialen und politischen Klassenkämpfe und Bewegungen gegen die Herrschaft und Politik des Kapitals stärken und nicht schwächen.

Politische Konsequenzen: sozial-ökologisches Wachstum und Bündnisse

Was ist das Fazit? Die Linke in ihrer Breite und DIE LINKE als Partei sollten die gängige pauschale Kritik von Teilen der Linken an der angeblichen Wachstums- und Erwerbsarbeits-Fixierung anderer Teile der Linken und der Gewerkschaften zurückweisen. Statt in Anti-Wachstums-Fetischismus zu verfallen, muss sich eine in der Sache und politisch sinnvolle Kritik differenzierter und zielgerichteter auf die eigentlichen Probleme und Gegner richten, nämlich gegen eine spezifisch kapitalistisch bestimmte Wachstums- und Arbeitsmarktentwicklung und –politik, die sozial und ökologisch schädlich ist.

Eine solche Kritik darf sich nicht pauschal gegen Wachstum des BIP richten, weil dies im Kern wachsendes Volkseinkommen und öffentliche Einnahmen und zunehmende oder zumindest stabile Beschäftigungsentwicklung bedeutet und insoweit tatsächlich ein allgemeines Interesse darstellt. Sicherlich bringt Wachstum nicht automatisch die Lösung von Problemen, es kann auch sein und ist ökologisch vielfach mit ihrer Verschärfung verbunden. Ausbleibendes Wachstum bzw. wirtschaftliche Krise allerdings löst erst recht kein Problem, sondern vergrößert in der Regel die Probleme und macht ihre Lösung noch schwieriger. Auch wenn ein krisenbedingter Rückgang der Produktion unmittelbar zu einem Rückgang von damit verbundenem Ressourcenverbrauch und Schadstoffemissionen führt, bedeutet das nicht den notwendigen ökologischen Umbau. Aufgrund der drängenden ökonomischen und sozialen Probleme wird eine sozial und ökologisch ausgerichtete Politik zumeist sogar erschwert.

Nun wird gesagt, ein positiver Bezug auf wirtschaftliches Wachstum isoliere die Linken innerhalb des ökologischen Spektrums. Dagegen ist zunächst zu sagen: um so wichtiger ist es, in diesem Spektrum offensiv und argumentativ einer undifferenziert falschen Anti-Wachstums-Position entgegenzutreten. Das politische Problem ist andersherum, dass sich die Linke mit einer Anti-Wachstums-Position außerhalb des gewerkschaftlichen und alternativökonomischen Spektrums und gegen die unmittelbaren Interessen der großen Mehrheit der Lohnabhängigen stellen würde. Diese stellen aber die soziale, politische und wissenschaftliche Basis der Linken in den wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen dar. Sinnvoll ist hier – und das ist was anderes – eine fundierte argumentative Kritik an der einseitigen und ökologisch blinden Wachstumsorientierung, die in erheblichen Teilen dieses Spektrums verbreitet ist. Dies ist auch innerhalb der Gewerkschaften eine umstrittene Frage, bei der sich betriebs- und branchenkorporatistische Positionen einerseits und kritische, linke, klassenpolitisch und ökologisch orientierte Positionen andererseits gegenüberstehen.

Es ist von zentraler Bedeutung für die Durchsetzungschancen linker Politik und eines sozial-ökologischen Umbaus, dass die Gewerkschaften und die Mehrheit der abhängig Beschäftigten für eine solche Politik gewonnen werden. Dies wird aber nur gelingen können, wenn der sozial-ökologische Umbau nicht bloßes Plattmachen von Industrie bedeutet, verbunden mit Massenarbeitslosigkeit, Verarmung und regionalem Niedergang, sondern verbunden werden kann mit Abbau der Arbeitslosigkeit, der Sicherung der Einkommen der Beschäftigten, der Schaffung guter neuer Arbeit für diejenigen, deren Arbeitsplätze im Zuge eines ökologischen Umbaus verloren gehen. Sozial-ökologischer Umbau muss also verbunden werden mit einer Konzeption von linker, beschäftigungsorientierter Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Finanzpolitik, so wie wir sie in weiter Übereinstimmung mit gewerkschaftlichen Positionen fordern. Und es ist durchaus sinnvoll, dabei auch Fraktionierungen innerhalb des Kapitals zu nutzen und begrenzte Bündnisse herzustellen mit solchen Kapitalgruppen, die vom ökologischen Umbau profitieren. Dies muss aber im Rahmen einer linken Gesamtkonzeption erfolgen und darf nicht andersherum eine bloße Nutzbarmachung linker Kräfte für „grüne“ Kapitalfraktionen bedeuten.

Eine solche linke Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik bedeutet aber BIP-Wachstum, und es wäre unernsthaft und falsch, dies zu leugnen oder zu verschweigen. Eine solche Politik müssen wir als Linke fordern, wenn wir unsere Verankerung in der arbeitenden Klasse und als LINKE unser Profil und unsere Bedeutung als sozialistische Partei erhalten und stärken wollen. Und es wäre mehr als inkonsistent, einerseits in wirtschaftspolitischen Diskussionen eine solche Politik zu vertreten und zum anderen im Bereich der ökologischen Politik eine Anti-Wachstums-Position zu propagieren.

Wachstumskritiker halten nun dagegen, sozial-ökologischer Umbau und wirtschaftliches Wachstum seien aber objektiv unvereinbar, eine Entkopplung von BIP-Wachstum und Naturbeanspruchung nur begrenzt und letztlich nicht möglich. Die Gegenposition lautet: Es ist genau andersherum: ein sozial-ökologischer Umbau wird dann nur möglich sein, wenn er mit wachsendem BIP verbunden ist, jedenfalls in den ersten Jahrzehnten. Dies wird ohnehin der Falls sein, weil dafür große Investitionen und teils auch qualifizierte arbeitsintensivere Prozesse nötig sind. Zusätzlich sollen öffentliche und soziale Dienstleistungen ausgebaut und auch dadurch das BIP erhöht werden. Wir wollen nicht irgendein – kapitalistisches, ungesteuertes – Wachstum, sondern qualitatives Wachstum durch sozial-ökologischen Umbau. Dies ist m.E. die einzige in der Sache und politisch in alle Richtungen durchhaltbare Position.

Eine Entkopplung von BIP und Umweltbeanspruchung mag schwierig sein, die Entkopplung von BIP und Masseneinkommen, Beschäftigung und Sozialstaat und die Durchsetzung sozial-ökologischen Umbaus mit schrumpfendem BIP ist noch viel weniger möglich. Ökologische Politik und linke Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik – die BIP-Wachstum bedeutet – gegeneinander zu stellen, ist in der Sache und mehr noch politisch falsch, weil es spaltet statt notwendige Bündnisse zu bilden, weil es die Linke und die Durchsetzungschancen sozial-ökologischen Umbaus schwächt statt sie zu stärken.